

25 Jahre Wirtschaftswachstum : nur eine negative Bilanz?

Autor(en): **Allenspach, Heinz**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **57 (1977-1978)**

Heft 1

PDF erstellt am: **30.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-163307>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

25 Jahre Wirtschaftswachstum: Nur eine negative Bilanz?

Eine Zäsur

Die wirtschaftliche Szene unseres Landes steht gegenwärtig unter dem Eindruck einer tiefgreifenden Rezession. Das reale Bruttosozialprodukt war 1975 um 7,6% geringer als im Vorjahr. Dieser drastische Rückgang unterscheidet sich von den Einbrüchen der Jahre 1949 und 1958 nicht nur durch seine Intensität, sondern auch durch seine Dauer. Denn 1949 und 1958 folgten den bescheidenen Abschwächungen um $-3,5\%$ beziehungsweise $-1,8\%$ bereits im anschliessenden Jahr wieder positive Zuwachsraten in grösserem Ausmass, während gegenwärtig die «Silberstreifen am Horizont» lediglich heraufbeschworen, nicht aber verifiziert werden können. 1976 dürfte nach zuverlässigen Schätzungen keine Zunahme des realen Bruttosozialproduktes eingetreten sein; es ist eher mit einem nochmaligen, wenn auch bescheidenen Rückgang zu rechnen. Die Prognosen für 1977 sind kaum besser, zum Teil werden sogar weitere Einbrüche in die Wirtschaftstätigkeit nicht ausgeschlossen.

Nach einer sicher dreijährigen, viel eher aber mehrjährigen Rezessionsperiode wird man nicht einfach an der wirtschaftlichen Blüte der Vorrezessionszeit anknüpfen können. Zu sehr dürften sich inzwischen die Strukturen, Marktbeziehungen und Einflussfaktoren verschoben haben. Die gegenwärtige Rezession ist deshalb nicht einfach ein Marschhalt im stürmischen Wachstumsprozess, der die Wirtschaft seit Ende des Zweiten Weltkrieges bestimmt hat; sie ist eine eigentliche Zäsur, welche das Ende dieser Wachstumsperiode anzeigt.

Verzerrte Beurteilungen

Die gegenwärtige Rezession hat unser Land mehr oder weniger unvorbereitet getroffen, obwohl eigentlich von der Weltwirtschaft her rechtzeitig Warnlichter aufgeleuchtet haben. Allzu verbreitet war die Ansicht, eine Rezession oder Krise könne es gar nicht mehr geben; derartige Einbrüche seien –

so wurde gesagt – nur in einer archaischen Wirtschaftsordnung denkbar, die überwunden sei. Der moderne Staat sei mit Hilfe der Wissenschaft und der Statistik imstande, den Gang der Wirtschaft so fein zu steuern, dass Inflation, Rezession oder Stagflation der Vergangenheit angehörten. Der Glaube an die «Machbarkeit» des Ganges der Wirtschaft war nahezu grenzenlos.

25 Jahre lang herrschte ein praktisch ungebrochener Wachstumstrend. Die Warnungen, dass es nicht immer aufwärts gehen könne, wurden während zweier Jahrzehnte von der Wirklichkeit widerlegt; sie verloren deswegen allmählich ihre Glaubwürdigkeit. Das Wachstum wurde als eine unserem Lande immanente natürliche Kraft angesehen, die zu bremsen oder zum Stillstand zu bringen kaum möglich sei. Das Überflusszeitalter schien angebrochen.

Der Sturz aus den Illusionen leichter und unaufhaltsamer Wohlstandssteigerung auf den harten Boden der Realitäten hat mancherorts schockartig gewirkt. Vom ungläubigen Staunen bis zum abgrundtiefen Pessimismus, vom Begehren nach vorübergehender Staatshilfe bis zum Rufe nach fundamentaler Umgestaltung des Wirtschaftssystems waren in Wirtschaft und Politik wohl alle möglichen Varianten von Reaktionen zu spüren. Stark war indessen auch die Verdrängungsreaktion bei all jenen, deren Arbeitsplätze oder Einkommen rechtlich oder faktisch abgesichert sind und die infolgedessen kaum rezessionsbedingte Abstriche zu befürchten haben; man will dort vielfach nicht zur Kenntnis nehmen, dass ein tiefgreifender wirtschaftlicher Rückschlag eingetreten ist.

Dieser brüske und geistig noch keineswegs verarbeitete Umschlag von Überkonjunktur, Inflation und chronischem Arbeitskräftemangel zu Rezession, Geldwertstabilität und Arbeitslosigkeit beeinflusst unser Urteil über die vorangegangene Wachstumsperiode stark. Weil die Zukunft unsicher ist, der Abschied von der Vergangenheit noch nicht ganz vollzogen und damit die notwendige Distanz von den 25 Jahren ungestümen Wirtschaftswachstums der Nachkriegszeit noch nicht gewonnen ist, sind viele Würdigungen der vergangenen Wirtschaftsentwicklung ausgesprochen verzerrt.

Meist werden nach kurzer Erwähnung einiger positiver Errungenschaften seitenlang echte oder vermeintliche Fehlentwicklungen, negative Begleiterscheinungen oder Unterlassungssünden aufgezählt, so dass man meinen könnte, die Gesamtbilanz der Periode sei ausgesprochen negativ. Der säkulare Schritt von der Armutsgesellschaft zur Wohlstandsgesellschaft, den unser Land seit Ende des Zweiten Weltkrieges grösstenteils vollzogen hat, wird vielfach nicht erkannt und gewürdigt. Lediglich die Übersteigerungen der letzten Jahre vor dem Einbruch der Rezession scheinen in der Erinnerung lebendig geblieben zu sein und das Urteil zu prägen.

Materielle Wohlstandssteigerung

Die durchschnittlichen Arbeitnehmerlöhne stiegen von 1945 bis 1975 real um 140%. Die Spanne zwischen den hohen und den niedrigen Besoldungen wurde durch stärkeres Heraufsetzen der unteren Lohnkategorien vermindert. Das allgemeine Versorgungsniveau hat sich unter Berücksichtigung der qualitativen Verbesserungen mehr als verdreifacht. Der Anteil der Ausgaben für Nahrung, Kleidung und Wohnung in den Haushaltsrechnungen der Arbeiterfamilien sank von 60,9% im Jahre 1945 auf rund 35% im Jahre 1975. Es blieb somit eine wesentlich grössere Quote des Einkommens für die Befriedigung des Wohlstands-, Freizeit- und Luxusbedarfes verfügbar. Das Auto wurde vom Statussymbol gehobener Volksschichten zum allgemeinen Verkehrsmittel, stieg doch die Automobildichte von 26 Autos pro 1000 Einwohner im Jahre 1949 auf 266 Autos im Jahre 1974. Das Telephon gilt heute in den meisten Haushaltungen als Selbstverständlichkeit, der Fernsehempfänger oder die Ferienreise ins Ausland sind kaum mehr aussergewöhnlich.

Die seit 1945 eingetretene materielle Verbesserung der Lebenshaltung aller Gruppen unserer Bevölkerung ist erstaunlich und von niemandem in diesem Ausmasse je prophezeit worden. Entscheidend sind aber nicht einmal diese quantitativen Veränderungen, sondern die daraus folgenden qualitativen Konsequenzen. Zu nennen wäre erstens der nicht zu bestreitende Freiheitsgewinn. Dabei ist nicht nur an die erhöhte Konsumfreiheit zu erinnern, sondern an die Vergrösserung des menschlichen Entscheidungsspielraums überhaupt. Wirtschaft, Wissenschaft und Technik haben grössere Möglichkeiten der Persönlichkeitsentfaltung, der Ausweitung des Blickfeldes und der Pflege geistiger und kultureller Genüsse geschaffen. Diese stehen heute allen offen; denn die materiellen Grundlagen für den erweiterten Bereich individueller Gestaltung sind nicht mehr nur einer kleinen Bevölkerungsschicht vorbehalten.

Zum Freiheitsgewinn gesellt sich zweitens ein wesentlicher Freizeitgewinn. Nicht nur die Verkürzung der Arbeitszeit und die sukzessive Verlängerung der Ferien, sondern vor allem neue Freizeitgestaltungsmöglichkeiten weiteten das Freizeiterlebnis aus und vertieften es. Vieles, das früher den Hauch der Exklusivität trug, ist allgemein zugänglich geworden. Die Demokratisierung des Konsums entartete leider oft zu uniformen Massenerscheinungen und eigentlichem Konsumzwang, da sie nicht von einer zunehmenden Pflege des Individuellen begleitet wurde. Dank der Vollbeschäftigung sprengte die individuelle Leistung viele traditionelle oder hierarchische Schranken. Die Freiheit in der Wahl des Berufes und des Arbeitsplatzes oder in der Eröffnung eines eigenen Betriebes wurde nicht nur

rechtlich, sondern auch faktisch gewährleistet. Die Leistung entschied oft weitgehend über die gesellschaftliche Position und das Sozialprestige. Sie wurde zum Teil dermassen dominierend, dass sich gegen Ende der sechziger Jahre Reaktionen in Form der Leistungsverneinung und der Leistungsverweigerung bemerkbar machten.

Das Primat der Leistung gegenüber Besitz oder Herkunft hat indessen Gesellschaftsstrukturen aufgebrochen und den allgemeinen Demokratisierungsprozess verstärkt. Damit eröffneten sich der Bildungspolitik neue Chancen. Da Fähigkeiten und Ausbildung für den einzelnen ausschlaggebend wurden, fanden die Pflege dieser Fähigkeiten und die Bereitstellung von Ausbildungsmöglichkeiten verstärkte Beachtung. Dank der allgemeinen Erhöhung des Volkswohlstandes waren auch mehr Eltern und ergänzenderweise die öffentliche Hand in der Lage, den Bildungsbeflissenen eine ihren Fähigkeiten entsprechende Ausbildung zu gewährleisten.

Soziale Sicherheit

Parallel zum Ausbau des Lebenshaltungsniveaus der Erwerbstätigen konnte die soziale Sicherheit ausgebaut werden. Die minimale beziehungsweise die maximale einfache Altersrente stieg von Fr. 480.– beziehungsweise Fr. 1500.– im Jahre 1948 auf Fr. 6300.– beziehungsweise Fr. 12600.– im Jahre 1977. Darüber hinaus wurde in der gleichen Zeit die betriebliche und verbandliche Altersvorsorge auf freiwilligem Wege massiv verstärkt. Die Aufwendungen für die Erste und Zweite Säule dürften 1949 die Milliardengrenze kaum überstiegen haben; 25 Jahre später erreichte sie rund 16 Milliarden Franken. Dazu kamen neue Sozialversicherungswerke, so die gesetzliche obligatorische Invalidenversicherung, der Ausbau der Unfallversicherung, der Krankenversicherung usw.

Ohne das eindruckliche, heute oft verketzerte Wirtschaftswachstum der Zeit von 1945 bis 1975 wäre dieser materielle Ausbau der Sozialversicherung absolut unmöglich gewesen, denn auch die Sozialversicherung kann nur jene Mittel verteilen, die zuvor von der Wirtschaft erarbeitet wurden. Unter dem Eindruck der Entwicklung, die sozialversicherungsmässig nahezu jeden Wunsch zu erlauben schien, sind aber auch zusätzliche Ausbaupläne gehegt worden, deren Realisierung ein weiteres permanentes Wirtschaftswachstum analog der letzten Jahrzehnte voraussetzen würde. Da dieses nicht im früheren Ausmasse zu erwarten ist, müssen heute diese Wünsche zurückgesteckt werden, um so mehr als wegen der demographischen Entwicklung die Einlösung sozialpolitischer Promessen zusätzlich sehr erschwert wird. Die AHV zählt beispielsweise zurzeit gut 800000 Renten-

bezüger. Im Jahre 2030 werden es doppelt so viele sein, nämlich 1,6 Millionen. Dies ist keine unsichere Prognose; denn diese 1,6 Millionen zukünftiger Rentenbezüger leben alle heute schon in unserem Lande. Wird die zur Einlösung abgegebener Versprechen dereinst notwendig werdende Verdoppelung der AHV-Beiträge beziehungsweise der lohnprozentualen Abzüge von den dannzumaligen Erwerbstätigen akzeptiert werden?

Auch im Bereiche der sozialen Vorsorge und Fürsorge sind wiederum nicht nur die materiellen Leistungen zu beachten, sondern die allmähliche Akzentverschiebung der Kriterien, welche die soziale Sicherheit dominieren. Es besteht heute unter bestimmten gesetzlich umschriebenen Voraussetzungen ein Rechtsanspruch auf Sozialleistungen. Diese werden in der Regel grundsätzlich allen Berechtigten ausgerichtet, unabhängig von ihrer individuellen materiellen Lage. Der Unterschied in der heutigen Sozialpolitik gegenüber jener der Armutsgesellschaft ist grundlegender Art; ohne die stürmische Wachstumsperiode hätte auch dieser Schritt nicht vollzogen werden können.

Damit sind nur einige der positiven Seiten der Wachstumsperiode der Nachkriegszeit in Erinnerung gerufen. Das Bild ist keineswegs vollständig. Die Schattenseiten, die von vielen Analytikern oft genüsslich und in etwas überheblichem Tone breit ausgewalzt werden, sind selbstverständlich nicht zu übersehen, denn wo Licht ist, fällt auch Schatten. Allerdings dürfte manches, das als Schatten deklariert wird, längerfristig betrachtet möglicherweise gar nicht so sehr Schatten sein oder mindestens nicht überall als solcher empfunden werden.

Überforderter Staat, überforderter Bürger

So wird beispielsweise der Vorwurf erhoben, wir hätten in Zeiten des Wirtschaftswachstums den Staat verarmen lassen. Demgegenüber ist festzuhalten, dass der Staat nicht nur proportional vom Wirtschaftswachstum profitiert hat, sondern weit überproportional. 1955 beanspruchten Bund, Kantone und Gemeinden 17% des Bruttosozialproduktes, 1975 nicht weniger als 27%. Staat, öffentliche Unternehmen und Sozialversicherung dürften heute mehr als die Hälfte des Volkseinkommens absorbieren. Es ist schlechterdings unverständlich, wenn unter solchen Umständen in der Schweiz das Schlagwort «reiche Wirtschaft und armer Staat» amerikanischen Ökonomen kritiklos nachgeplappert wird. Der Staat hat nicht nur einen immer grösseren Teil des Sozialproduktes für sich abgezweigt; er hat darüber hinaus Wechsel auf die Zukunft ausgestellt, die nicht gedeckt sind.

Die Finanzklemme der öffentlichen Haushalte wird heute allzu verein-

fachend als eine Folge der Rezession deklariert. Die wirklichen Ursachen liegen weit eher in der zunehmenden Konsummentalität der Bevölkerung. Während der langen Periode des wirtschaftlichen Wachstums wurde der staatliche Haushalt immer mehr zum «Selbstbedienungsladen», aus dem jeder seine Bedürfnisse und Liebhabereien finanzieren zu können glaubte, vielfach ohne die Bereitschaft zu Gegenleistungen dem Staate gegenüber. Je geringer übrigens diese Bereitschaft zur Gegenleistung war, desto grösser war vielfach die Arroganz, mit der staatliche Leistungen gefordert wurden. Dass die Gefährlichkeit solcher Mentalität nicht rücksichtslos blossgestellt wurde, gehört wohl zu den eigentlichen Schwächezeichen der letzten 25 Jahre.

Die Ausdehnung der Quote des staatlich verwalteten Volkseinkommens, verbunden mit weiteren Planungs-, Lenkungs- und Steuerungsinstrumenten, beginnt immer mehr in unzumutbarer Weise individuelles, persönlichkeitsbezogenes Leben in staatlich verordnete Schematas hineinzupressen. 1976 wurde gemäss Pressemitteilungen die Sammlung der Eidgenössischen Gesetze um 2866 Seiten erweitert. Neu erlassen wurden 17 Bundesgesetze, 57 Bundesbeschlüsse und 210 Verordnungen. Hinzu kommen 50 Abkommen, 48 Übereinkommen, 17 Konkordate, 14 Reglemente, 12 Vereinbarungen usw.

Die Schweiz ist zu einem «Reglementsstaat» geworden. Je mehr reglementiert wird, desto grösser wird die Rechtsunsicherheit. Der Bürger ist heute gar nicht mehr in der Lage, die vom Bund, dem Kanton und der Gemeinde kommende Paragraphenflut zu lesen. Dazu reicht seine Zeit gar nicht mehr aus, und selbst wenn er Zeit dazu hätte, so verstünde er das Paragraphenchinesisch meist doch nicht. Hier zeigt sich eine Krise des Rechtsstaates. Das gesetzte Recht ist eine Angelegenheit der Spezialisten geworden und nicht mehr in allen Teilen im Rechtsbewusstsein des Bürgers verankert. Der Staat hat den Bürger überfordert.

«Lebensqualität»

Der vergangenen Periode des wirtschaftlichen Wachstums wird ein Übergewicht des Technischen und des Wirtschaftlichen angekreidet. Diese Periode habe die Landschaft verschandelt, die natürlichen Lebensgrundlagen des Volkes zerstört, die Umwelt verschmutzt, das Kreative und Individuelle in der Flut des Massenkonsums erstickt. Lebensqualität ist das die letzten Jahre der Überkonjunktur bestimmende Schlagwort geworden.

Die Hebung des allgemeinen Wohlstandes kann sicher nicht als Verminderung der Lebensqualität abgetan werden. Unzweifelhaft sind in verschie-

denen Bereichen die Grenzen der natürlichen Ressourcen missachtet und das ökologische Gleichgewicht zerstört worden. Es mischen sich aber in die Diskussion über Grenzen von Wirtschaft und Technik sehr viele unechte Töne. Manchmal wird doch gerade von Besitzern von Ferienhäusern die «Zerstörung» eines bestimmten Erholungsraumes beklagt, wenn dort neue Ferienhäuser errichtet werden, offensichtlich weil sie selbst möglichst ungestört bleiben möchten.

Wie oft wird die «Energieverschwendung» der andern von jenen angeprangert, die für sich selbst niemals Einschränkungsmaßnahmen zu akzeptieren bereit sind? Wer kann von der sicheren Basis eigenen materiellen Wohlstandes jenen Materialismus vorwerfen, welche, auf weit tieferer Basis stehend, ihre Lebenshaltung verbessern möchten? Das Wachstum kann ernsthafterweise wohl kaum von jenen kritisiert und negiert werden, welche von den Früchten dieses Wachstums geniessen. Von den Früchten dieser ein Vierteljahrhundert bestimmenden Wachstumsperiode haben in mehr oder weniger grossem Ausmass wirklich alle Volkskreise, selbst oder gerade jene, die mit dem «einfachen Leben» und der Leistungsverweigerung liebäugeln, profitiert.

Das Beurteilen einer Zeitperiode mündet leicht in ein Verurteilen aus. Ein Verriss führt aber zu nichts, ist weder gerechtfertigt noch sinnvoll. Hilfreicher ist das Bemühen, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen, sie in Gegenwart und Zukunft nicht zu wiederholen. Dazu bedarf es nicht des Anklagens, nicht der Suche nach Sündenböcken, sondern einer realistischen Analyse. Diese wird keineswegs so negativ ausfallen, wie manche System- oder Kulturkritiker behaupten.